

Länder bürgen für Schlecker-Kredite

Stuttgart. Am heutigen Mittwoch entscheidet der baden-württembergische Landtag voraussichtlich über die Gründung von Auffanggesellschaften für die vor der Kündigung stehenden Beschäftigten der insolventen Drogeriemarktkette Schlecker. Der Ausschuß für Finanzen und Wirtschaft im Stuttgarter Parlament soll einen Entschluß fassen, in Vorleistung für die anderen Länder zu gehen und für einen Kredit der Förderbank KfW über 70 Millionen Euro zu bürgen. Der Wirtschaftsminister im Schlecker-Stammland, Nils Schmid (SPD), forderte am Dienstag als Voraussetzung dafür eine »habhafte politische Zusage« der anderen Bundesländer, daß sie ihren Anteil erbringen.

Von Entlassungen sind 11200 Mitarbeiter betroffen. Wie viele von ihnen sich für den Wechsel in eine Transfergesellschaft entschieden haben, war am Dienstag einem Sprecher des Insolvenzverwalters zufolge noch unklar.

Niedersachsen kündigte am Dienstag an, einer Bürgschaft vorerst nicht zuzustimmen. Bayern will für bis zu 10,66 Millionen Euro bürgen. Das entschied das Kabinett auf seiner Sitzung am Dienstag, wie die bayerische Staatskanzlei mitteilte. Thüringen hat seine Bereitschaft zu einer Bürgschaft für Kredite in Höhe von 2,5 Millionen Euro versichert. In dem Land gehen rund 370 Arbeitsplätze durch die Schließung von Schlecker-Filialen verloren. Sachsen-Anhalt will für 1,74 Millionen Euro bürgen. Hier stehen 441 Beschäftigte vor der Kündigung.

(dapd/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/180644.laender-buergen-fuer-schlecker-kredite.html>